

Satzung des Kölner Vereins für Rehabilitation e.V.

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein trägt den Namen „**Kölner Verein für Rehabilitation e. V.**“. Er ist in das Vereinsregister eingetragen. Der Sitz des Vereins ist Köln.

Das Geschäftsjahr beginnt am 01. Januar und endet am 31. Dezember.

§ 2

Ziele, Aufgaben, Vereinsvermögen

1. Mit dem Ziel der Rehabilitation psychisch kranker und behinderter Menschen verfolgt der Verein ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung vom 01.01.1977 in der jeweils gültigen Fassung, und zwar durch Übernahme der Trägerschaft für die Einrichtung und Unterhaltung von beispielsweise Übergangs-, Wohn- und Pflegeheimen, Betreutem Wohnen, Tagesstätten, Sozialpsychiatrischen Zentren, Integrationsfachdiensten, Werkstätten, Dienstleistungsbetrieben und sonstigen Einrichtungen zur Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen.
2. Der Verein nimmt seine satzungsgemäßen Aufgaben nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Diskussion, des Anwendungswissens und der psychiatrie-politischen Auseinandersetzung wahr.
3. Der Verein ist dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.“ als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege angeschlossen.
4. Für das Vereinsziel ist durch Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Mitgliederwerbung eine möglichst breite Basis in der Kölner Bevölkerung anzustreben.
5. Der Verein, seine Einrichtungen und Dienste gehen parteipolitisch keine Bindung ein.
6. Rechtsansprüche auf die o.g. Dienstleistungen können an den Verein nicht gestellt werden.
7. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Das Vermögen des Vereins wird gebildet aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und sonstigen freiwilligen Zuwendungen. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer

Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins und bei ihrem Ausscheiden und bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Mitgliedschaft

1. Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden, die bereit ist, die Ziele des Vereins zu unterstützen. Die Anmeldung zur Aufnahme ist schriftlich an die Geschäftsstelle des Vereins zu richten. Über die Aufnahme entscheidet der Aufsichtsrat. Bei Ablehnung durch den Aufsichtsrat kann der Antragsteller bei der nächsten Mitgliederversammlung Einspruch einlegen. Die nächste Mitgliederversammlung entscheidet über den Einspruch.

Die Mitgliedschaft endet:

- 1) Durch Tod bzw. durch Auflösung einer als Mitglied eingetragenen Einrichtung.
 - 2) Durch Austritt, der schriftlich gegenüber dem Vorstand drei Monate vor Jahresende anzukündigen ist.
 - 3) Durch Ausschluss. Der Ausschluss ist zulässig bei Vorlage eines Grundes, der dem Ansehen und Wirken des Vereins schädlich ist. Über den Ausschluss entscheidet der Aufsichtsrat mit Stimmenmehrheit. Dagegen kann das ausgeschlossene Mitglied bei der Mitgliederversammlung Einspruch erheben. Die nächste Mitgliederversammlung entscheidet über den Einspruch. Die Rechte des ausgeschlossenen Mitgliedes ruhen in diesem Fall bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung.
2. Der Verein erhebt Mitgliedsbeiträge, deren Höhe die Mitgliederversammlung festsetzt. Bei entsprechender Bedürftigkeit einzelner Mitglieder kann der Aufsichtsrat die Beitragszahlung ganz oder teilweise erlassen.

§ 4

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. Mitgliederversammlung
2. Aufsichtsrat
3. Vorstand

§ 5 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Die Einladung muss mindestens vier Wochen vorher ergehen und Zeit und Ort bestimmen. Weitere Mitgliederversammlungen müssen einberufen werden, wenn es mindestens ein Fünftel der Mitglieder oder ein Vorstandsmitglied unter Angabe von Gründen für notwendig erachten. Solche außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind spätestens sechs Wochen nach Eingang des Antrages abzuhalten. Die Einladung muss mindestens zwei Wochen vorher ergehen. Einladungen zu ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen müssen schriftlich und unter Angabe der vorgesehenen Tagesordnung erfolgen.

2. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

§ 6 Aufgaben der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:

- 1) Wahl und Entlastung des Aufsichtsrates
- 2) Entlastung des Vorstandes auf der Grundlage des vom Aufsichtsrat vorgelegten Jahresabschlusses und des Berichtes des unabhängigen Wirtschaftsprüfers/Buchprüfers für das vergangene Jahr
- 3) Festlegung der Höhe der Mitgliedsbeiträge
- 4) Beschluß über Einsprüche der vom Aufsichtsrat abgelehnten Antragsteller zur Aufnahme als Vereinsmitglied
- 5) Beschluß über Einsprüche der vom Aufsichtsrat ausgeschlossenen Vereinsmitglieder
- 6) Beschlüsse über allgemeine Grundsätze und Richtlinien, nach denen die Zwecke des Vereins realisiert werden sollen

§ 7 Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens aus sechs Mitgliedern. Die Mitglieder des Aufsichtsrates dürfen nicht dem Kreis der hauptamtlichen oder nebenamtlichen Mitarbeiter des Vereins angehören.

2. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden auf drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist möglich.
3. Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder einen Vorsitzenden und bis zu zwei Stellvertreter.
4. Aufsichtsratsmitglieder können von der Mitgliederversammlung mit zwei Drittel Mehrheit der anwesenden Mitglieder abberufen werden.

§ 8

Aufgaben des Aufsichtsrates

Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören:

1. Berufung und Abberufung des Vorstands
2. Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands
Die Vergütung der Vorstandsmitglieder lehnt sich an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst an. Die Vorstandsvergütung wird durch den Aufsichtsrat so bemessen, dass die Vorstandsvergütung dem entspricht, was ein fremder Dritter nach Art und Umfang für die gleiche Tätigkeit erhalten würde. Die Vergütung ist stets schriftlich und im Voraus in einem Dienst/Arbeitsvertrag oder einer Ergänzung hierzu festzulegen.
3. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehört die Überwachung der Tätigkeit des Vorstandes insbesondere durch:
 - 1) Beschluss über Jahresvoranschlag und den Jahresabschluß
 - 2) Entscheidung über Beschwerden, die gegen den Vorstand erhoben worden sind
 - 3) Genehmigung der Geschäftsordnung für den Vorstand
 - 4) Überwachung der Einhaltung der in der Satzung formulierten Aufgaben
4. Festsetzung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Mitgliederversammlung
5. Einladung zur Mitgliederversammlung und deren Durchführung
6. Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften des Vereins sowie die Vermögensgegenstände, namentlich die Vereinskasse und die Bestände an Wertpapieren und Waren einsehen und prüfen. Er kann damit auch einzelne Mitglieder und Sachverständige beauftragen.
7. Aufgaben des Vorstandes können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden.
8. Die Aufsichtsratsmitglieder können ihre Aufgaben nicht durch andere wahrnehmen lassen.
9. Bei Verträgen mit den Vorstandsmitgliedern vertritt der Aufsichtsrat den Verein gerichtlich und außergerichtlich gegenüber den Vorstandsmitgliedern.
10. Der Aufsichtsrat entscheidet über die Aufnahme und den Ausschluß von Vereinsmitgliedern.

11. Der Aufsichtsrat hat von jeder Mitgliederversammlung und jeder Aufsichtsratssitzung ein Protokoll zu erstellen. Dieses Protokoll wird vom Aufsichtsratsvorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates unterzeichnet.

§ 9 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus ein bis drei Mitgliedern.
2. Alle Vorstandsmitglieder können auf unbestimmte Zeit berufen werden.
3. Scheidet ein hauptamtlicher Mitarbeiter, der auch als Vorstandsmitglied berufen ist, aus seinem Dienstvertrag aus, so endet damit gleichzeitig das Organverhältnis als Vorstandsmitglied.

§ 10 Aufgaben des Vorstandes

1. Der Vorstand leitet den Verein unter Berücksichtigung der Beschlüsse der übrigen Organe des Vereins.
2. Besteht der Vorstand aus bis zu zwei Mitgliedern, so ist jedes Vorstandsmitglied alleinvertretungsberechtigt. Besteht der Vorstand aus drei Mitgliedern, so wird der Verein durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten.
3. Der Vorstand hat insbesondere den Jahresvoranschlag und den Jahresabschluß aufzustellen.
4. Der Vorstand hat die Dienst- und Fachaufsicht über die Angestellten des Vereins.
5. Der Vorstand nimmt die Beschwerden von Nutzern der Dienste des Vereins entgegen und unterrichtet den Aufsichtsrat davon.
6. Der Vorstand hat von jeder Vorstandssitzung ein Protokoll zu erstellen. Besteht der Vorstand aus bis zu zwei Mitgliedern wird das Protokoll von mindestens einem Vorstandsmitglied unterschrieben. Besteht der Vorstand aus drei Mitgliedern wird das Protokoll mindestens von zwei Vorstandsmitgliedern unterschrieben.

§ 11 Jahresabschluß

1. Der Jahresabschluß des Vereins ist entsprechend den handelsrechtlichen Bestimmungen des § 242 des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches.
2. Der Vorstand hat den Jahresabschluß unter wesentlicher Mitwirkung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters zu erstellen. Die Mitgliederversammlung kann eine Prüfung des Jahresabschlusses durch einen vom Aufsichtsrat bestellten Wirtschaftsprüfer verlangen.

§ 12 Satzungsänderung

1. Über eine Satzungsänderung entscheidet die Mitgliederversammlung
2. Eine Satzungsänderung bedarf der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder. Beabsichtigte Satzungsänderungen müssen der Einladung zur Mitgliederversammlung beigelegt werden.
3. Vor Satzungsänderungen und Beschlüssen über die Auflösung des Vereins ist der Aufsichtsrat von der Mitgliederversammlung anzuhören.
4. Satzungsänderungen, die auf Grund einer Beanstandung des Registergerichtes oder des Finanzamtes erfolgen sollten, kann der Vorstand beschließen.

§ 13 Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins ist nur zulässig, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder in der Mitgliederversammlung, die mindestens die Hälfte der Gesamtmitglieder ausmachen müssen, dies beschließen. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins dem Spitzenverband nach § 2 Abs. 3 dieser Satzung zu. Das zu übertragende Vermögen muss unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige Zwecke verwendet werden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 14 Inkrafttreten

Die Neufassung der Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Köln, den